

ABES POLITIK UND POLITIK UNTER ABE: EINE EINFÜHRUNG

Steffen HEINRICH und Gabriele VOGT

EINLEITUNG¹

Der Tokyoter Stadtteil Harajuku gilt weltweit als Wiege japanischer Subkultur und ist bekannt für eigenwillige Kreationen in Mode und Musik. Weniger bekannt ist, dass hier auch Künstler und Aktivisten auf politische Entwicklungen in Form von Aufklebern und Plakaten reagieren, welche oft nur für kurze Zeit an Häuserwänden, Laternenpfosten oder Getränkeautomaten zu finden sind.² Ende 2015 tauchte ein Plakat auf, das das Konterfei Abes auf einem tarngrüngefleckten Hintergrund darstellt. Auf Abes Kopf sitzt eine Krone und das Ensemble ist vom Wort „Abeland“ umrahmt. Die Darstellung verzichtet auf Slogans und deutet Kritik nur an, doch macht sie unmissverständlich eines deutlich: Die herausragende Stellung, die Abe inzwischen in der japanischen Politik innehat.

Während in vielen anderen Demokratien die hervorgehobene Position des Regierungschefs in der Wahrnehmung von Politik als mehr oder weniger normal wahrgenommen wird, stellt sie für Japan eine immer noch relativ neue Entwicklung dar. Noch bis etwa 2000 galt: „The prime minister was hardly covered in the mass media, and was generally considered irrelevant for elections.“ (Masuyama and Nyblade 2004: 254). Doch auch seither schwankte die Bedeutung der Position des Premiers deutlich. Von den letzten acht Premierministern (Stand Herbst 2016) hielten sich nur zwei länger als ein Jahr im Amt, alle anderen aber litten unter schnell abstürzenden Beliebtheitswerten und werden heute kaum mit irgendwelchen programmatischen Initiativen verbunden. Die einzige Ausnahme in jüngerer Zeit ist, abgesehen von Abe selbst, Jun'ichirō Koizumi (2001–2006).

Die starke Stellung, die Abe heute genießt, hätten wohl nur wenige im Dezember 2012 erwartet, als Abe zum zweiten Mal Premierminister wurde. Das liegt zum einen daran, dass Abes Hintergrund eher auf den

¹ Wir danken Cédric Felix Klein für Unterstützung bei der Datenrecherche für diesen Beitrag.

² Beispiele finden sich bei <http://www.gensojapan.org/shibuya-sticker-bombs/>.

Normal- denn Ausnahmefall japanischer Premierminister hindeutet. Wie die große Mehrheit seiner Vorgänger, stammt auch Abe aus einer Familie, die schon seit Generationen hohe Staatsämter bekleidet. Sein Großvater mütterlicherseits ist der noch heute umstrittene Nachkriegspremier Nobusuke Kishi (im Amt 1957–1958). Sein Großonkel Eisaku Satō, zwischen 1964 und 1972 Premierminister, erhielt den Friedensnobelpreis. Sein Vater, Shintarō Abe, war langjähriges Mitglied des Unterhauses und in den 1980ern für einige Jahre Außenminister. Nach dem Tod des Vaters „übernahm“ Shinzō Abe 1993 dessen Unterhauswahlkreis in der Präfektur Yamaguchi, den er seither hält. Das quasi Vererben von Mandaten (bzw. von Unterstützerguppen, sogenannten *kōenkai*, die für die Wählermobilisierung unerlässlich sind) innerhalb einer politischen Dynastie ist in Japan gerade im ländlichen Raum weitverbreitet.

Zum anderen war Abes erste Amtszeit als Regierungschef, 2006 bis 2007, nicht nur sehr kurz, sondern wirkte auf viele wie das endgültige Scheitern der Person Abe als Spitzenpolitiker. Einem rapiden Ansehensverlust innerhalb kürzester Zeit folgte die von vielen als Niederlage Abes interpretierte Oberhauswahl 2007 und schließlich sein Rücktritt nur wenige Wochen später. Abe schien sich somit in eine lange Kette von schnell vergessenen Premierministern mit sehr kurzer Amtszeit einzureihen.

ABE, DER UNWAHRSCHEINLICHE MARATHONMANN

Nicht nur daran gemessen, so viel lässt sich schon jetzt bilanzieren, hat Abe seit 2012 viel erreicht. Noch dazu stehen die Chancen derzeit gut, dass er Koizumi übertrumpfen wird sowohl im Hinblick auf die Länge der Amtszeit (die LDP (Liberaldemokratische Partei, *Jiyū-minshu-tō*) hat die interne Begrenzung auf zwei Amtszeiten als Parteivorsitzender im Oktober 2016 aufgehoben), aber auch was die Zahl und Tiefe der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen betrifft, die durch seine Regierung angestoßen werden. Abes Agenda wird als ehrgeizig und umfassend wahrgenommen, denn sie erstreckt sich auf viele wichtige Politikbereiche auch jenseits von Wirtschafts- und Geldpolitik, welche unter dem Begriff „Abenomics“³ weltweit für großes Interesse sorgt. Interesse erregt auch, dass

³ Zusammengesetzt aus „Abe“ und „Economics“. Die Regierung selbst nutzt den Begriff offensiv in der Außendarstellung, auch auf internationaler Bühne, etwa bei Auftritten Abes vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2014 und 2016.

die Regierung oft unerwartete oder für LDP-Regierungen untypische Veränderungen propagiert: In der Außen- und Sicherheitspolitik erwarten viele eine Richtungsänderung, die Veränderungen bezüglich des Status der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte und seiner Befugnisse und Aufgaben hervorbringen, aber auch die Beziehungen Japans zu seinen Nachbarn in Ostasien erheblich beeinflussen könnte.

In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik finden sich eine Reihe von Vorstößen, die im Widerspruch zu bisherigen konservativen und marktliberalen Positionen der LDP stehen. So hat sich die Regierung Abe dem Ziel einer verbesserten Geschlechtergleichstellung verschrieben und propagiert seit kurzem gar einen Umbau des traditionellen Beschäftigungssystems im Sinne von Arbeitszeitverkürzung und besserer Bezahlung für nicht-regulär Beschäftigte. Dazu kommen Pläne, den Zuzug ausländischer Arbeitnehmer zu erleichtern, wenn auch meist nur mit zeitlich beschränkter Aufenthaltserlaubnis. Diese Frage wird zwar seit langer Zeit diskutiert, gilt aber politisch als besonders heikel (Vogt 2007). Die Bereitschaft, neue Wege zu gehen, zeigt sich auch in der Handelspolitik, etwa in der ausdrücklichen Unterstützung des lange umstrittenen transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPP, Trans-Pacific Partnership), einem Handelsabkommen von zwölf pazifischen Anrainerstaaten, eingeschlossen den USA, aber ohne Beteiligung der Volksrepublik China. Das Abkommen ist umstritten, nicht zuletzt, weil es die Interessen einer traditionellen Kernklientel der LDP berührt, dem stark genossenschaftlich organisierten Landwirtschaftssektor.

Die große Bandbreite von Maßnahmen und die Vermischung von progressiven und eher traditionellen Inhalten machen es schwer, die Regierung Abe programmatisch eindeutig zu verorten. Dazu kommt, dass Abe keine dezidiert populistische Politik verfolgt, wie das etwa in weiten Teilen Europas und in den Vereinigten Staaten unter zahlreichen Regierungschefs zu beobachten ist. Tatsächlich sind viele Initiativen der Regierung in der Bevölkerung ausgesprochen unpopulär. Dieser Band möchte dazu beitragen, Licht in dieses vielschichtige und nicht selten widersprüchliche Bild zu bringen. Er gibt dabei einen Überblick über die wichtigsten Vorhaben der Regierung Abe und stellt diese in den Kontext zentraler politikwissenschaftlicher Fragestellungen zur Politik in Japan. Zu letzterem gehören insbesondere Fragen nach Veränderungen in der Machtbalance im Regierungssystem Japans, etwa bezüglich der Stellung des Premierministers, sowie nach einem programmatischen Wandel in der japanischen Partei- und Regierungspolitik, was die Responsivität der Regierung gegenüber den Wählern, sowie die konkreten Veränderungen in den einzelnen Politikbereichen umfasst. Die

ungewöhnliche Stärke der Regierung Abe wirft zudem Fragen auf nach der Bedeutung und Form von politischer Opposition, d. h. wie sich politischer Widerstand in einem derart von der LDP-dominierten System entfalten kann.

Die Einzelbeiträge beleuchten die Entwicklungen im jeweiligen Politikfeld und bieten einen Überblick über wichtige analytische Perspektiven und Erklärungen. Sie orientieren sich dabei an fünf Leitfragen:

- Wie lässt sich erklären, dass Abe stabil hohe Unterstützungswerte erreicht, aber in einer ganzen Reihe von Fragen im Widerspruch zum politischen Mainstream zu stehen scheint?
- Wie stark sind Gegenbewegungen und wie entfalten sie Einfluss in einem System, in welchem die Opposition seit 2012 nur über schwache parlamentarische Repräsentation verfügt?
- Inwieweit signalisiert Abes Politikprogramm eine Abkehr vom traditionellen Klientelismus der LDP und eine Hinwendung zur Programmatik einer modernen Medienpartei?
- Was bedeutet „Abenomics“ konkret in einzelnen Politikbereichen und welche Herausforderungen zeigen sich bei der Umsetzung?
- Wie weitreichend sind die Änderungen, die sich durch neue Sicherheitsgesetze, außenpolitische Initiativen und Japans Internationalisierung ergeben? Inwieweit verändern sie Japans Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik und das Selbstverständnis Japans als offenes Land?

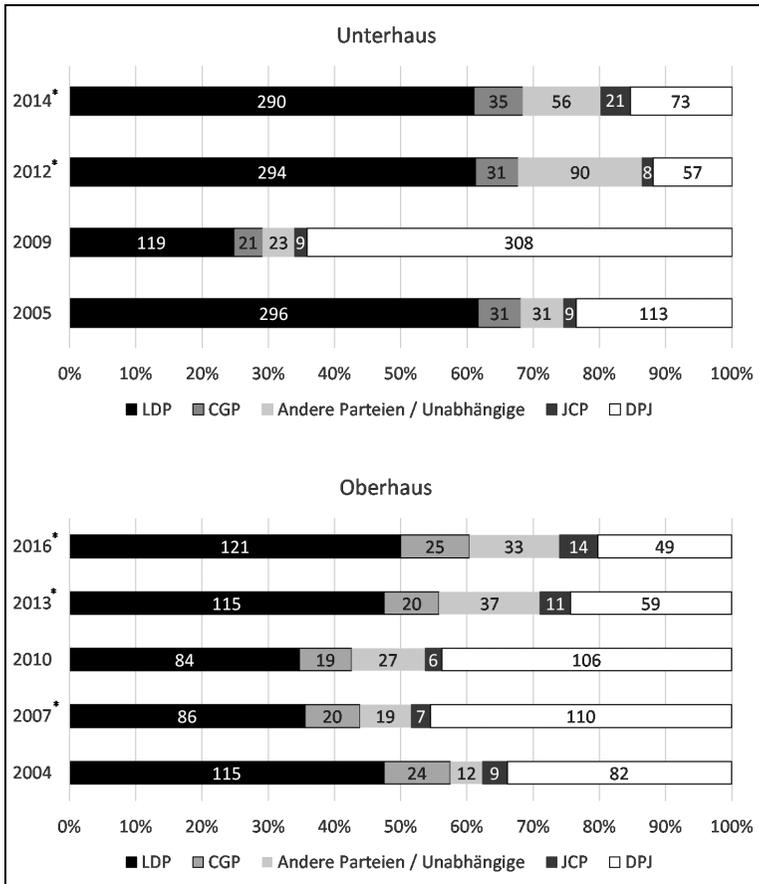
Im Folgenden werden die in diesem Band versammelten Beiträge in Bezug auf diese fünf Themenkomplexe näher vorgestellt.

POPULÄR TROTZ UNPOPULÄRER POLITIK? RESPONSIVITÄT UND WÄHLERWILLEN

Abes exponierte Stellung und die Länge seiner Regierungszeit stellt in vielerlei Hinsicht eine ungewöhnliche Entwicklung dar. Seit Dezember 2012 steht er unangefochten an der Spitze der Liberaldemokratischen Partei und der Regierung. Seine politische Machtbasis kann nach vier deutlichen Erfolgen bei nationalen Parlamentswahlen als überaus gefestigt gelten (Stand Oktober 2016). Die aktuelle Regierungskoalition aus LDP und Komeitō verfügt über komfortable Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments und kommt, zusammen mit ähnlich orientierten Kleinparteien, sogar auf eine Zweidrittelmehrheit, die es ihr erlauben würde, die Verfassung zu ändern (siehe Abbildung 1).

Dazu kommt, dass Abe es gelungen ist, über einen längeren Zeitraum populär zu bleiben – anders als alle Premierminister seit Koizumi

Abbildung 1: Sitzverteilung nach Wahlen zum Unter- und Oberhaus



Quelle: Ministerium für Inneres und Telekommunikation (MIAC)

(mehrere Jahre).

http://www.soumu.go.jp/senkyo/senkyo_s/data/index.html. Eigene Zusammenstellung.

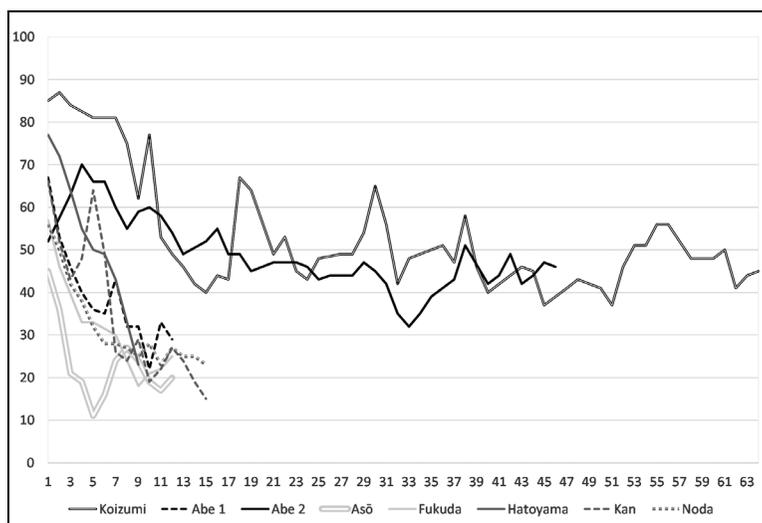
Anmerkung: Wahlen, in der Abe der LDP Vorstand, sind mit * markiert.

Anmerkung 2: Sitzverteilung jeweils nach Wahlgang. Spätere Fraktionswechsel sind nicht berücksichtigt.

Anmerkung 3: LDP = Liberaldemokratische Partei, CGP = Komeitō, JCP = Kommunistische Partei, DPJ = Demokratische Partei (seit 2016 DP).

(eingeschlossen Abes erste Amtszeit 2006 bis 2007), welche bereits nach etwa einem Jahr Regierungsverantwortung zurücktraten (siehe Abbil-

Abbildung 2: Zustimmungsraten zum amtierenden Kabinett in Prozent
(Regierungszeit in Monaten, seit 2001)



Quelle: Umfragedatenbank der Tageszeitung Mainichi Shinbun. Eigene Zusammenstellung.

Anmerkung: Angaben basieren auf regelmäßigen Telefonumfragen der Zeitung von ca. 1.000 Personen. Zusammengefasst wurden jeweils die Werte für „unterstütze Kabinett“. X-Achse: Amtszeit in Monaten; Y-Achse: Unterstützungsrate in Prozent.

2). Umfragen zeigen, dass die Unterstützungsrate⁴ für das Kabinett Abes seit 2012 fast durchgehend bei über 40 % liegt. Doch spiegelt die überragende Stellung im Parlament und die hohe Unterstützungsrate auch eine vergleichbare Unterstützung für die Ziele und Vorschläge der Regierung? Tatsächlich lehnt die Mehrheit der Bürger viele Initiativen der Regierung ab. Umfragen deuten beispielsweise auf eine klare Mehrheit gegen den Ausbau der Kernenergie (siehe die Beiträge von Florentine Koppenborg und Anna Wiemann) sowie auf erhebliche Bedenken beim Abschluss von TPP, das die Bevölkerung in etwa gleichgroße Lager von Befürwortern und Kritikern spaltet (Nikkei.com, 31. Oktober 2016) (siehe die Beiträge von Nadine Burgschweiger-Rieck und Cornelia Reiher). Weitere Beispiele lassen sich in der Arbeitsmarkt-

⁴ Umfragen zu den Unterstützungsraten des Kabinetts werden von allen großen Tageszeitungen und NHK mehrfach im Jahr durchgeführt und gelten als wichtiger Test, um die Popularität einer Regierung einzuschätzen.

politik finden, wo nun wieder Vorschläge auf der Agenda stehen, die bereits in Abes erster Amtszeit an massiver öffentlicher Kritik scheiterten (siehe das Kapitel von Steffen Heinrich).

Besonders deutlich zu Tage tritt der Widerspruch zwischen Abes Popularität und seiner unpopulären Politik aber bei der Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetzgebung (*Anpo Kanren Hōan* bzw. *Anzen Hoshō Hōsei*) im September 2015 (siehe die Beiträge von Robin O'Day, Anna Wiemann und Felix Lill). In allen Umfragen der führenden Tageszeitungen sprach sich eine deutliche Mehrheit gegen die Änderung aus, mit Werten zwischen 51 und 62 % Prozent (*Asahi Shinbun* 28.7.2015), und Zustimmungsraten von lediglich 26 bis 28 Prozent.

Auf der anderen Seite finden sich aber auch Vorschläge, die zwar nicht als populistisch, doch als populär gelten können, so etwa die Initiative der Regierung Abe zur Geschlechtergleichstellung (siehe den Beitrag von Phoebe Holdgrün). Vor diesem Hintergrund fällt es schwer zu beurteilen, ob und wie sich das Verhältnis zwischen Gewählten und Wählern unter Abe verändert hat. Hier können nur eingehende Analysen der einzelnen Politikfelder Klarheit darüber bringen, in welche Richtung sich der politische Prozess unter Abe tatsächlich bewegt.

KLIENTELISMUS UND PROGRAMMATISCHER WANDEL BEI DER LDP

Ein weiterer Aspekt, der beim Blick auf Abes zweite Amtszeit auffällt, ist, dass Abes Reformkurs nicht nur viele neue Initiativen beinhaltet, welche früher kaum mit der LDP in Verbindung gebracht worden wären, sondern dieser Kurs auch im deutlichen Kontrast zum Ruf der LDP steht, vor allem eine Klientelpartei zu sein. Dieses Profil wird häufig als Konsequenz des Wahlsystems für das Unterhaus beschrieben, welches 1994 reformiert wurde. Vor der Reform war es für viele LDP-Abgeordnete von entscheidender Bedeutung für den Wahlerfolg, über Ausgabenprogramme ihre Kernklientel zu begünstigen und diese so für Wahlen zu mobilisieren (vgl. etwa Heinrich 2007). Besonders eng waren die Beziehungen der LDP zur Bauindustrie und zu den Genossenschaften in der Landwirtschaft, die den Sektor über Jahrzehnte hinweg dominierten. Mit dem neuen, erstmals 1996 angewendeten Wahlsystem entfällt diese strategische Vorgabe weitgehend, da die Mehrheit der Sitze (aktuell 300 von 475 Mandaten) in Einerwahlkreisen vergeben wird. Das bedeutet, dass Kandidaten möglichst viele Gruppen von Wählern ansprechen und mit Gegenkandidaten stärker als zuvor um dieselben Wähler konkurrieren müssen. Demnach wäre eine reine Klientelpolitik nicht mehr ausreichend für den Wahlerfolg.

Die abnehmende Bedeutung von Klientelpolitik könnte ein Faktor dafür gewesen sein, dass die LDP ab Mitte der 1990er sich immer mehr den Ruf erwarb, eine neoliberale Politik zu verfolgen, die bisherige „Besitzstände“ und Regulierungen kritisch sieht. Am deutlichsten äußerte sich der inhaltliche Schwenk in der Deregulierung des Finanzsektors sowie in zahlreichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktreformen. Doch der Wahlerfolg der DPJ (Demokratische Partei Japans, *Minshu-tō*; seit 2016 DP, *Minshin-tō*) 2009, die im Wahlkampf vor allem soziale Ungleichheit als drängendes Problem bezeichnet und sich, zumindest in Teilen, als Gegenbewegung zur neoliberalen Politik der LDP positioniert hatte, wirft auch die Frage auf, ob die LDP sich für den Wahlerfolg nicht vom Neoliberalismus abwenden muss. Christian Winklers Beitrag analysiert den programmatischen Wandel unter Abe anhand einer Untersuchung der Wahlmanifeste der LDP und setzt die Initiativen der Regierung Abe damit in einen komparativen zeitgeschichtlichen Kontext.

Die programmatische Orientierung der Abe-geführten LDP ist aber auch aus einem anderen Grund von Interesse. Anders als bei vielen seiner Vorgänger wird Abe nämlich häufig unterstellt, über besonders feste Grundüberzeugungen zu verfügen. Doch trifft dies nicht auf alle Politikbereiche gleichermaßen zu. Für Nakano etwa ist Abes wirtschaftsfreundlicher Kurs lediglich Mittel zum Zweck, aber kein Hinweis auf wirtschaftsliberale Grundüberzeugungen. Wirklich interessiert sei er einzig und allein am Umbau des japanischen Staates im Sinne seines Großvaters, Nobusuke Kishi, den er bewundere (vgl. Nakano 2016: 30–31). Als Indiz hierfür kann Abes Mitgliedschaft in der rechtsnationalen Vereinigung *Nippon Kaigi* gelten, welche offensiv für eine Verfassungsreform eintritt (deren Kerninhalte von Kritikern als wenig demokratisch gescholten werden) und sich beispielsweise für eine entschieden patriotische Erziehung an Schulen einsetzt. Auch die Außen- und Sicherheitspolitik könnte von diesem Denken geprägt werden (siehe die Beiträge von Franziska Schultz und Raymond Yamamoto). Doch das Vorhaben, welches am stärksten von Abes Grundüberzeugungen bestimmt zu sein scheint, nämlich eine umfassende Verfassungsreform, ist immer noch in der Schwebe. Zwar hat Abe angekündigt, eine Reform umsetzen zu wollen, doch noch ist unklar, wann dies geschehen soll und wie sehr die LDP dabei auf bereits entwickelte Vorschläge zurückgreifen wird, welche häufig als wenig demokratisch kritisiert werden (für Hintergründe zu dieser Diskussion vgl. Winkler 2011).

Lässt sich daraus schlussfolgern, dass die Regierung Abe vor allem ideologiegeleitet ist und nur wenig Rücksicht nimmt auf divergierende

Wählerinteressen? Dies würde jene Stimme bestätigen, die der japanischen Demokratie seit langem unterstellen, dass sie weniger vom Wähler als von einer relativ autonom agierenden Verwaltungselite und den Interessen von Großunternehmen bestimmt wird (zu den bekanntesten Werken in dieser Hinsicht gehört Van Wolferen 1990). Danach sind japanische Regierungen schon immer wenig responsiv gegenüber der Wählerschaft, was auch die bereits angesprochene, lange untergeordnete Rolle des Premierministers in Wahlen erklären würde. Für eine begrenzte Responsivität spricht auch, wie bereits angemerkt, dass viele Vorhaben der Regierung Abe auf wenig Unterstützung in der Bevölkerung stoßen. Doch gibt es in jüngerer Zeit auch deutlich positivere Bewertungen. Kabashima und Steel (2010: 1) etwa argumentieren, Japan sei eine: „dynamic democracy, in which politicians and parties are increasingly responding to citizens’ concerns and the media and other actors play a substantial role in keeping accountability alive and healthy“. In welche Richtung sich die japanische Demokratie unter Abe entwickelt, lässt sich am besten im Kontext konkreter Politikentscheidungen verstehen. Auch hierzu liefern alle der hier versammelten Beiträge wichtige Einblicke.

ABES DOMINANZ UND DIE SCHWÄCHE DER OPPOSITION: WIE FORMIERT UND ARTIKULIERT SICH KRITIK?

Das Paradox, dass Abes Politikprogramm in weiten Teilen auf wenig Begeisterung stößt, Abes Kabinett aber relativ hohes Ansehen genießt, erklären einige Beobachter mit der Schwäche der Opposition. So argumentiert etwa Cucek mit Verweis auf eine Umfrage der Tageszeitung *Asahi* zu den wichtigsten Motiven von Abe-Wählern, dass es die Alternativlosigkeit sei, die Abe stark mache. Demnach war der am häufigsten genannte Grund für die Unterstützung Abes, dass es keine andere geeignete Person gebe (Cucek 2015). Antwortmöglichkeiten, wie die Überzeugung, Abe sei am besten geeignet oder stehe für unterstützenswerte Politik, erhielten hingegen kaum Nennungen. Auch Pekkanen und Pekkanen (2016) erklären mit dem anhaltenden und dramatischen Ansehensverlust der Demokratischen Partei Japans nach 2009 – aktuell erreichen die Unterstützungsraten für die DP nicht einmal 10%⁵ –, warum es seit 2012 Abe gelingt, fast durchgehend die politische Debatte zu dominieren.

⁵ Stand November 2016, laut Erhebung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks NHK. Siehe <http://www.nhk.or.jp/bunken/research/yoron/political/2016.html>. Zum Vergleich: Die Unterstützungsraten für die LDP lag bei 38,8%. 35,5% nannten keine Partei.

Dennoch scheint die derzeitige Regierung unsicher, wie sie mit Kritik und kritischer Berichterstattung umgehen soll und schlägt hier einen restriktiven Kurs ein. Dies zeigt sich bei der Besetzung des Gouverneurspostens von NHK mit Katsuto Momii, der Kritik innerhalb der NHK-Berichterstattung an der Regierungslinie öffentlich als „verwirrend“ abtat. Dazu kommt die Verabschiedung des Gesetzes „zum Schutz designierter Geheimnisse“ (*Tokutei Himitsu Hogohō*), welches im Dezember 2014 in Kraft trat und von weiten Teilen der Öffentlichkeit abgelehnt wird. Das Gesetz wird von Kritikern auch als Beschränkung investigativer Berichterstattung gesehen, da es viel Interpretationsspielraum lässt und die Regierung lediglich angekündigt hat, diesen nicht ausschöpfen zu wollen (vgl. etwa Kingston 2014). Eine in Deutschland kaum beachtete Begebenheit zeigt dabei, wie sehr die Bedenken auch von ausländischen Beobachtern geteilt werden. So stellte sich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Japan-Besuch im Mai 2015 symbolträchtig für eine Veranstaltung mit der *Asahi Shinbun* zur Verfügung, die zu diesem Zeitpunkt wegen möglicher Falschberichterstattung bei der sogenannten „Trostfrauenfrage“ unter starkem Beschuss nicht zuletzt der Regierung stand. Felix Lills Beitrag analysiert die Medienpolitik Abes, bewertet sie im Hinblick auf repressive Maßnahmen und zeigt die unterschiedlichen Sichtweisen zentraler Akteure innerhalb der Medienlandschaft.

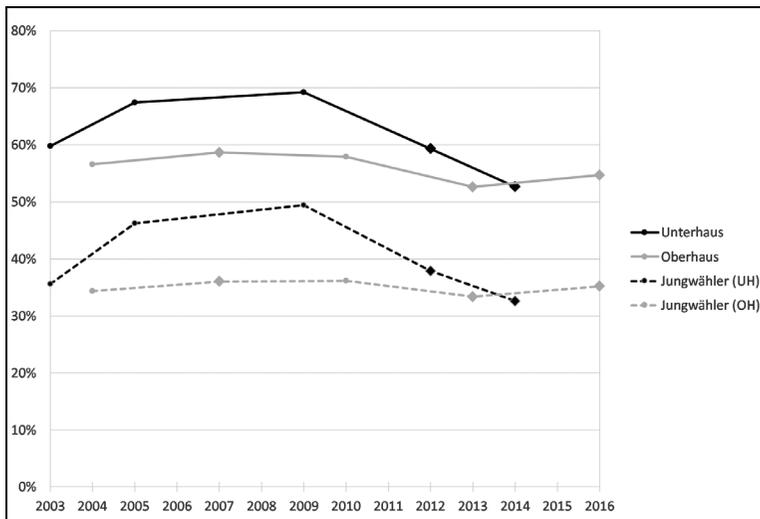
Mit Blick auf möglichen Widerstand gegen Regierungspolitik spielt auch die Frage eine Rolle, wie sehr es Abe und der LDP gelingt, die Ministerialbürokratie für ihre Ziele einzunehmen. Bis in die 1990er Jahre galten diese als besonders mächtig und einflussreich, aber auch als relativ autonom von politischen Entscheidungsträgern, wie Premierministern oder Fachministern, die typischerweise ohnehin nur kurz im Amt waren. Die Bürokratie und die LDP mit ihren Policy Affairs Research Council (PARC, *Seimu Chōsa Kai*) bildeten zentrale Macht- und Entscheidungsstrukturen vis-à-vis Kabinett und Parlament. Eine Reihe von Reformen seit Anfang der 1990er Jahre haben allerdings die politische Führung und insbesondere das Kabinett seither deutlich gestärkt. Die Konfrontation zwischen Politikern und Bürokratien erreichte ihren Höhepunkt in der Regierungszeit der DPJ, insbesondere unter den Premierministern Yukio Hatoyama (2009–2010) und Naoto Kan (2010–2011). Eine Folge davon war allerdings, dass sich die Bürokratie in vielen Fällen gegen die Regierung stellte bzw. deren Vorhaben nur halbherzig unterstützte. Es ist daher zu fragen, inwieweit die Bürokratie als Opposition gegenüber der Regierung Abe zu verstehen ist (siehe hierzu insbesondere die Beiträge von Heinrich, Holdgrün, Reiher und Vogt).

Die Schwäche der parlamentarischen Opposition wird besonders deutlich, wenn man die Entwicklung der Wahlbeteiligung betrachtet. An-

ders als bei Koizumi, der bei der Unterhauswahl 2005 auch dank einer deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung gewann, hat Abe seine Wahlerfolge bei deutlich niedrigerer Wahlbeteiligung errungen. 2014 fiel sie sogar auf den niedrigsten Stand seit den 1960er Jahren (Abbildung 3). Besonders auffällig ist dabei die Wahlbeteiligung junger Wähler: Lag sie 1967 noch bei knapp 67 % der 20–29jährigen, erreichte sie 2014 nur noch 33 %. Zwar gilt für die meisten Demokratien, dass junge Menschen im Vergleich seltener zur Wahl gehen, doch die geringe Beteiligung deutet auf eine weitreichende Demobilisierung der Jugend hin. Auch die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre bei der Oberhauswahl 2016 hat daran kaum etwas geändert.

Doch erweitert man den Blick über formale Partizipation hinaus, zeigt sich ein durchaus differenziertes Bild. Neue Jugendbewegungen wie die SEALDs (Students Emergency Action for Liberal Democracy, formal seit

Abbildung 3: Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen seit 2003 (Ober- und Unterhauswahlen)



Quelle: Ministerium für Inneres und Telekommunikation (MIAC) (2016).

Anmerkung 1: Wahlen, in der Abe der LDP vorstand, sind mit Rauten markiert.

Anmerkung 2: Zur Gruppe der Jungwähler zählen alle Wahlberechtigten, die zwischen 20 und 29 Jahren alt sind. Die Wahlbeteiligung der bei der Oberhauswahl 2016 erstmals zugelassenen 18- und 19-jährigen lag bei 45,5 %.

August 2016 aufgelöst) haben in Abes Regierungszeit viel öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Proteste und Anliegen erhalten. Tatsächlich waren bei den weltweit beachteten Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude im Sommer 2015, den größten seit den 1960er und 70er Jahren, auffällig viele junge Demonstranten beteiligt. Doch bedeutet das, dass Abes Politik die Zivilgesellschaft mobilisiert und ihr neuen Zulauf verschafft hat? Das Kapitel von Robin O'Day beleuchtet hierbei sozioökonomische Hintergründe der Aktivisten und vergleicht die Strukturen zweier wichtiger Jugendbewegungen, die sich jeweils mit Arbeitsbedingungen und den Sicherheitsgesetzen befassen. Anna Wiemanns Beitrag beleuchtet die Rolle und Mobilisierung der Zivilgesellschaften aus dem Blickwinkel von Nichtregierungsorganisationen und analysiert, wie diese mit den für sie schwierigen medialen und politischen Rahmenbedingungen umgehen und dem weitgehenden Desinteresse der Regierung entgegenwirken wollen.

ABENOMICS UND STRUKTURREFORMEN: DIE MÜHEN DER EBENE

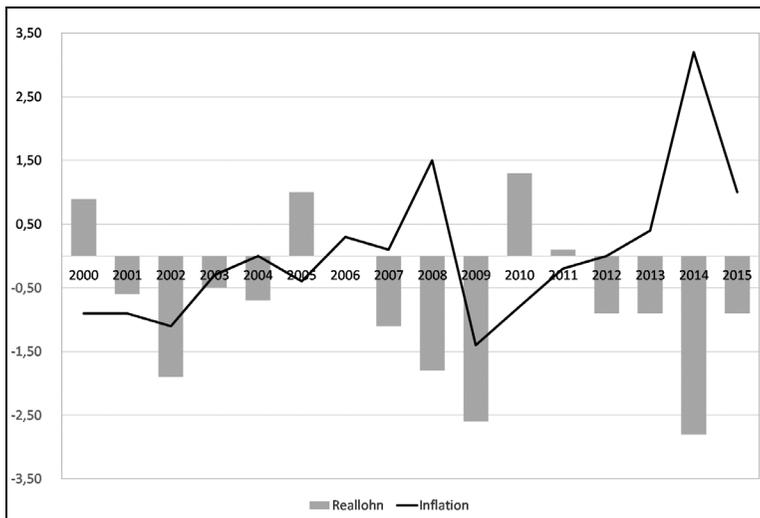
Zentral für den Erfolg und Misserfolg der Regierung Abe ist ohne Zweifel „Abenomics“. Darunter werden, vereinfacht gesagt, geld- („Erster Pfeil“) und fiskalpolitische („Zweiter Pfeil“) Maßnahmen sowie Strukturereformen („Dritter Pfeil“) subsumiert (vgl. für eine Übersicht Tiefenbach 2015). Am weitesten fortgeschritten ist der erste Pfeil, welcher unter anderem die Neubesetzung des Gouverneurspostens der Bank of Japan (BoJ), der japanischen Zentralbank, beinhaltete. Der im März 2013 berufene Gouverneur Haruhiko Kuroda unterstützt Abes Wirtschaftspolitik mit massiven Anleihekäufen (Quantitative Easing), wodurch der Yen-Kurs geschwächt, die Exporte und somit Wirtschaftswachstum stimuliert werden sollen. Zinssenkungen sollen dabei die Nachfrage nach Krediten befördern und dadurch Investitionen anstoßen. Zwar führten die Maßnahmen schnell zu rasant steigenden Aktienkursen und zumindest zeitweise für steigende Exporte, doch noch ist keineswegs ausgemacht, ob die mit „Abenomics“ verknüpften Hoffnungen jemals Realität werden. Zum Zeitpunkt, da dieser Text entsteht, zumindest scheinen die Kritiker zu überwiegen, die schon von einem Scheitern sprechen (z. B. Müller, Schorn und Zimmermann 2016). Andere Stimmen sehen durchaus Fortschritte, wenn auch deutlich weniger spektakuläre als von der Regierung ursprünglich erhofft (*The Economist*, 30.7.2016).

Unbestritten ist, dass „Abenomics“ bislang nicht zu einer dauerhaften Belebung des Wirtschaftswachstums geführt hat und mit den Strukturereformen, der besonders schwierige Teil, noch weitgehend

umgesetzt werden muss. Die prekäre Situation lässt sich auch daran ablesen, dass es bislang noch zu keiner Trendumkehr bei den seit Jahren sinkenden Reallöhnen gekommen ist (Abbildung 4). Wachsende Löhne wären aber eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg von „Abenomics“, wie die Regierung selbst betont, da nur dadurch der Konsum dauerhaft belebt werden kann. Zudem existiert in der Bevölkerung große Skepsis, ob „Abenomics“ sich positiv auswirken wird. Beispielsweise erklärten in einer Umfrage der Tageszeitung *Asahi Shinbun* vom Mai 2015 nur 4 % der Befragten sie sähen eine Verbesserung der eigenen Lebensumstände. 21 % dagegen erkannten eine Verschlechterung und 73 % sahen keine Änderung (*Asahi Shinbun* 5.5.2015). Der Druck, „Abenomics“ zum Erfolg zu führen, ist in fast allen Politikbereichen, wie die Beiträge von Burgschweiger-Rieck, Reiher, Heinrich, Holdgrün und Vogt zeigen, deutlich zu spüren.

Zu beachten ist dabei allerdings, dass „Abenomics“ kein vollständig kohärentes Politikprogramm darstellt, sondern Maßnahmen sehr unter-

Abbildung 4: Entwicklung des Reallohns seit 2000 (Veränderung zum Vorjahr in Prozent) und Inflationsrate



Quelle: Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (MHLW) (mehrere Jahre): Monthly Labour Survey [*maitsuki kinrōdō keichōsa*]. E-stat.go.jp (2016): Base Consumer Price Index.

Anmerkung: Beinhaltet Bonuszahlungen. Werte für Unternehmen mit 5 oder mehr Mitarbeitern.

schiedlicher Provenienz verbindet. Je nach Politikfeld unterscheidet sich überdies die Ausgangskonstellation. So beeinflusst im Fall von TPP und Landwirtschaft (Beitrag Burgschweiger-Rieck) die etablierte Genossenschaftsstruktur die Reformbemühungen der Regierung. Im Falle genetisch veränderter Organismen in Nahrungsmitteln, einem umstrittenen Thema bei vielen Handelsabkommen, sieht sich die Regierung, wie der Beitrag von Reiher zeigt, einer vor ihrer Zeit geschaffenen regulativen Struktur gegenüber, die auch auf die Bedenken und Interessen von Verbrauchern eingehen muss. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (Beitrag Heinrich) hat die Sorge um eine wachsende soziale Ungleichheit einen deutlichen Einfluss auf den Spielraum von Politik. Der sich immer deutlicher abzeichnende Arbeitskräftemangel in vielen Branchen (Ganelli und Miake 2015) hingegen scheint wichtiger Impuls bei den Überlegungen der Regierung zu sein, die Erwerbsaussichten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern (Beitrag von Holdgrün), aber auch für die Bemühungen, den japanischen Arbeitsmarkt stärker für ausländische Arbeitnehmer zu öffnen (Beitrag von Vogt).

INTERNATIONALISIERUNG VS. NATIONALISMUS:
WIE STARK VERÄNDERT ABE JAPANS SELBSTVERSTÄNDNIS
UND SEINE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK?

Neben „Abenomics“ stößt international vor allem Abes Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik auf großes Interesse. Das liegt zum einen an Abes Ruf, ein Nationalist zu sein, der mehr oder weniger versteckt Sympathien hegt für eine Neubewertung von Japans Rolle im Zweiten Weltkrieg. Zum anderen macht Abe auch selbst immer wieder öffentlich deutlich, dass Japans Außen- und Sicherheitspolitik sich deutlich verändern müsse. Traditionell spielen beide Themen eine eher untergeordnete Rolle für die meisten Bürger. So zeigt die jährliche Umfrage des Kabinetts zu den Politikfeldern, dass nur etwa 30 % der Bürger Außen- und Sicherheitspolitik als drängendes Thema ansehen (Cabinet Office mehrere Jahre). Allerdings hat sich diese Gruppe seit 2001 fast verdoppelt. Besonders deutlich wächst die Aufmerksamkeit für dieses Themenfeld immer dann, wenn die sicherheitspolitische Ausrichtung und die Interpretation der Verfassung als Friedensverfassung betroffen sind, sichtbar etwa in der massiven Berichterstattung zu den Sicherheitsgesetzen 2015. Das legt den Schluss nahe, dass der Anpo-Cleavage (Anpo steht für den Sicherheitsvertrag mit den USA von 1959, der von Kritikern als Widerspruch zur pazifistischen Nachkriegsverfassung gesehen wird) als große gesellschaftliche Konflikt-

linie, die zu einem Teil parteipolitische Präferenzen erklärt, nach wie vor Relevanz hat.⁶

Der Beitrag von Raymond Yamamoto beleuchtet den Wandel der Sicherheitspolitik anhand von administrativen Veränderungen. Wurde bislang davon ausgegangen, dass japanische Regierungen jeglicher Couleur Veränderungen in der Sicherheitspolitik eher behutsam und schrittweise angehen (vgl. beispielsweise Samuels 2007), könnte Abes Vision eines souverän agierenden Japans mit neuer Verfassung auf größere und schnelle Veränderungen hinweisen. Vermeintlich kleinen Veränderungen in der administrativen Entscheidungsstruktur der japanischen Sicherheitspolitik könnte dabei weit größeres Gewicht zukommen als von der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Abes nationalistischer Ruf ist auch von großer Bedeutung im Hinblick auf die sino-japanischen Beziehungen. Seit Jahren kritisiert die chinesische Regierung öffentlich, Japan betreibe Geschichtsrevisionismus und würde sich einer kritischen Aufarbeitung seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg verweigern. In den letzten Jahren ist es dabei vermehrt zu anti-japanischen Ausschreitungen in China gekommen. Aber auch die Japaner sehen Umfragen zufolge China immer kritischer (Stokes 2016). Zugleich sind die regionalen Handelsbeziehungen allen politischen Konflikten zum Trotz stark gewachsen, was den Schluss nahelegt, dass die wirtschaftliche Interdependenz ungeachtet aller politischen Streitfragen weiter zugenommen hat. Der Beitrag von Schultz nimmt genau diese Ambivalenz in den Blick und analysiert die Hintergründe von Abes China-Kurs.

Abes Eintreten für Handelsabkommen und Öffnung Japans für ausländische Unternehmen und Investoren spiegeln die andere, scheinbar weltgewandte Seite von Japans Beziehungen mit der Welt wider. Doch auch hier stellt sich die Frage, wie sehr Japan tatsächlich bereit ist, sich zu öffnen, beispielsweise für Zuwanderer, die die Folgen des sich immer klarer abzeichnenden Arbeitskräftemangels abmildern könnten. Denn die Abe-Administration sendet sehr unterschiedliche Signale aus. Einerseits betont sie die Rückbesinnung auf traditionelle Werte. Auf der anderen

⁶ Im sogenannten „55er“ System (1955–1993) bildeten die LDP und die JSP (Sozialistische Partei Japans, *Nihon Shakai-tō*) die beiden wichtigsten politischen Lager. Die JSP (die sich 1996 in Sozialdemokratische Partei Japans, SDP, umbenannte) lehnte dabei den Sicherheitsvertrag vehement ab, während die LDP diesen stützte. Dieser sogenannte Anpo-Cleavage wurde lange als wichtigste gesellschaftliche Konfliktlinie in Japan gesehen (wichtiger noch als etwa sozio-ökonomische Differenzen), die Parteipräferenzen erklären könne. Vgl. bspw. Flanagan et al. (1991).

Seite erleichtert die Regierung den langfristigen Aufenthalt für hochqualifizierte Fachkräfte und den Zustrom von ausländischen Arbeitern, gerade auch in vergleichsweise schlecht bezahlten Tätigkeiten etwa in der Industrie. Der Beitrag von Gabriele Vogt beleuchtet diese Ambivalenz Abe'scher Politik aus dem Blickwinkel bisheriger Initiativen der Regierung zur Anwerbung von Personal in Pflegeberufen.

ÜBERBLICK BUCH

Das Buch soll einen Überblick über aktuelle politische Trends in Japan geben und greift dabei die wichtigsten Entwicklungen, Kontroversen und Themen auf. Die Beiträge sind in vier Abschnitte gegliedert, die Themenfelder wie Internationalisierung, Außen- und Sicherheitspolitik, Strukturreformen und Abenomics, Rolle der Zivilgesellschaft, Medien und Opposition, sowie das Verhältnis der LDP unter Abe zu Wählern und Interessengruppen beleuchten. Alle Analysen in diesem Band beziehen dabei historische Entwicklungen mit ein, so dass die Erkenntnisse über den aktuellen und sich schnell ändernden Kontext hinaus Bestand haben. Sie enthalten zahlreiche Hinweise auf weiterführende Literatur und Quellen. Das Schlusskapitel führt die Erkenntnisse der einzelnen Beiträge mit Blick auf die fünf Ausgangsfragen zusammen. Es weist zudem auf Aspekte hin, die in der öffentlichen Auseinandersetzung bislang kaum Beachtung finden, aber zum Verständnis der aktuellen japanischen Politik wichtig sind, etwa das Verhältnis von Ministerialbürokratie und Kabinett.

LITERATURVERZEICHNIS

- Cabinet Office (mehrere Jahre): *Kokumin seikatsu ni kan suru seron chōsa* [Meinungsumfrage zur Lebenswirklichkeit der Bürger]. Tokyo: Cabinet office.
- Cucek, Michael (2015, 29. Juli). What has been Abe's „real“ popularity? *Shisaku* <http://shisaku.blogspot.jp/2015/07/what-has-been-abe-cabinets-real.html> (letzter Zugriff am 30.7.2015).
- Flanagan, Scott C., Kohei, Shindaku, Miyake, Ichiro, Richardson, Bradley M. und Watanuki, Joji (Hg.) (1991): *The Japanese voter*. New Haven and London: Yale University Press.
- Ganelli, Giovanni und Miake, Naoko (2015): Foreign help wanted: Easing Japan's labour shortages. *IMF Working Paper* (181).
- Heinrich, Steffen (2007): *Die japanische Wahlsystemreform von 1994 und der Wandel des Parteienwettbewerbs. Eine vergleichende Studie zur Relevanz institutioneller Einflüsse*. Münster: LIT.

- Kabashima, Ikuo und Steel, Gill (2010): *Changing politics in Japan*. Ithaca and London: Cornell University Press.
- Kingston, Jeff (13.12.2014): Abe's secrets law undermines Japan's democracy. *The Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/opinion/2014/12/13/commentary/japan-commentary/abes-secrets-law-undermines-japans-democracy/> (letzter Zugriff am 31.10.2016).
- Masuyama, Mikitaka und Nyblade, Benjamin (2004): Japan: The Prime Minister and the Japanese Diet. *Legislative Studies* 10 (2/3): 250–262.
- Müller, Hans Christian, Schorn, Andreas und Zimmermann, Klaus (2016, 8. August): Abes Experiment scheitert. *Handelsblatt*. 24–25.
- N. N. (5.2.2015): Kurashi akka kakusa no kuga. Abenomikusu hyōga wareru [Schatten schlechterer Lebensbedingungen und Disparitäten fallen auf Evaluierung von Abenomics]. *Asahi Shinbun (Morgenausgabe)*. 10.
- (28.7.2015): Sanin gobō shijiritsu nirami [Schlagabtausch im Oberhaus mit Blick auf Zustimmungssrate]. *Asahi Shinbun (Morgenausgabe)*. 2.
- (31.10.2016): Japanese split on TPP: Nikkei poll. *Nikkei.com*. <http://asia.nikkei.com/Politics-Economy/Policy-Politics/Japanese-split-on-TPP-Nikkei-poll> (letzter Zugriff am 31.10.2016).
- (30.7.2016): Three-piece dream suit. *The Economist*. 54–57.
- Nakano, Koichi (2016): New right transformation in Japan. In: Mullins, Mark R. und Nakano, Koichi (Hg.): *Disasters and social crisis in contemporary Japan. Political, religious, and sociocultural responses*. Basingstoke: Palgrave Macmillan: 23–41.
- Pekkanen, Robert J. und Pekkanen, Saadia M. (2016): Japan in 2015. More about Abe. *Asian Survey* 56 (1): 34–46.
- Samuels, Richard (2007): *Securing Japan: Tokyo's Grand Strategy and the Future of East Asia*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Stokes, Bruce (13.9.2016): Hostile neighbors: China vs. Japan. *Pew Research Center*. <http://www.pewglobal.org/2016/09/13/hostile-neighbors-china-vs-japan/> (letzter Zugriff am 31.10.2016).
- Tiefenbach, Tim (2015): Eine Frage der Zeit: Das Scheitern von Abenomics. In: Chiavacci, David und Wiczorek, Iris (Hg.): *Japan 2015. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. München: Iudicium Verlag: 203–221.
- Van Wolferen, Karel (1990): *The enigma of Japanese power: People and politics in a stateless nation*. New York: Vintage Books.
- Vogt, Gabriele (2007): Closed doors, open doors, doors wide shut? Migration politics in Japan. *Japan Aktuell* (07): 3–30.
- Winkler, Christian G. (2011): *The quest for Japan's new constitution. An analysis of visions and constitutional reform proposals 1980–2009*. London: Routledge.

